

Veränderte Sicht der Vertreibungsproblematik?

Die Beschäftigung mit der Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten sowie aus ihren zum Teil seit Jahrhunderten angestammten Siedlungsgebieten in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg war in Deutschland lange Zeit ein Thema, das Fachhistoriker nur wenig interessierte. Das Thema galt als von den Vertretern der Vertriebenenverbände besetzt und starker politischer Instrumentalisierung unterworfen. Der Zugang zu der Vertreibungsproblematik erfolgte seit den späten fünfziger bzw. frühen sechziger Jahren vor allem über die vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte herausgegebene „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“. Die „Dokumentation“ präsentierte Erlebnisberichte von deutschen Vertriebenen, die in anklagendem Ton von den Grausamkeiten und Misshandlungen erzählten, die ihnen von den Soldaten der Roten Armee und später von den Behörden, aber auch der Bevölkerung der Vertreiberstaaten zugefügt worden waren. Der Eindruck, dass es mit den Vertriebenen eine Gruppe gab, die sich nur als Opfer des Zweiten Weltkriegs und der sich daran anschließenden territorialen Neuord-

nung sah, ließ vor allem deutsche Historikerinnen und Historiker der jüngeren Generation vor der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens zurückschrecken. Um so interessanter erschien mir daher das Angebot, an einem deutsch-polnischen Forschungsprojekt mitzuwirken, das die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Polen nach dem Krieg anhand polnischer behördlicher Quellen nachzeichnen wollte. Neben die in Deutschland vorherrschende Opferperspektive der Vertriebenen selbst sollte damit die Darstellung der Motive, Zielvorstellungen und Verantwortung der einzelnen polnischen Behörden treten, die in diesen historischen Vorgang involviert waren.

Bei unserem Quellenstudium in den polnischen Zentral- und Regionalarchiven frappte unsere gemischte deutsch-polnische Arbeitsgruppe die Materialfülle, die es auszuwerten galt. Die polnische Verwaltung, die sich in den neuen polnischen Nord- und Westgebieten etablierte, sah sich einer großen Anzahl deutscher Bevölkerung gegenüber. Zwar waren zu Kriegsende schon viele Deutsche vor der anrückenden Roten Armee geflohen bzw. in den ersten Nachkriegsmonaten im Zuge der

Dr. Claudia Kraft, Historikerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Historischen Institut in Warschau.

„wilden Vertreibungen“ aus dem Land gejagt worden. Doch noch immer lebten so viele Deutsche auf dem polnischen Nachkriegsterritorium, dass ihre Anwesenheit sich in den Akten fast aller Ressorts der staatlichen Verwaltung niederschlug. Bei den Diskussionen innerhalb unserer Arbeitsgruppe kristallisierte sich rasch heraus, dass die Vertreibung bzw. der auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 festgelegte Prozess der Aussiedlung nicht die einzigen Gegenstände unserer Quellenedition sein würden. Die Fragen, wie sich das Zusammenleben der noch anwesenden Deutschen mit der polnischen Bevölkerung gestaltete, welche Beweggründe die polnischen Behörden bei der Einführung eines die Deutschen diskriminierenden Lager- und Zwangsarbeitersystems leiteten oder wie sich die staatliche Politik gegenüber jenen Menschen entwickelte, die sich, wie etwa die Masuren, nicht immer eindeutig zur deutschen bzw. polnischen Nationalität bekannten, bestimmten unsere Diskussionen. Kontrovers wurden diese nicht etwa, wenn es um Begriffe ging. Die in Polen seit dem Beginn der neunziger Jahre lebhaft publizistische Auseinandersetzung mit dem Thema hatte unter anderem dazu geführt, dass der Begriff „Vertreibung“ in Polen nicht mehr den Charakter eines Reizworts besaß, der ihm in sozialistischen Zeiten geeignet hatte.

Gestritten haben wir uns über andere Themen. So waren wir uns längere Zeit nicht darüber einig, in welchem Maße auch die zum Teil polnischsprachigen Oberschlesier oder

Masuren in unserer Edition berücksichtigt werden sollten. Dies war um so wichtiger, da ja auch die polnischen Behörden in der ersten Nachkriegszeit keine einheitliche Politik gegenüber diesen Bevölkerungsgruppen betrieben. An dieser Stelle wurde uns nochmals klar, dass die Vertreibungsthematik sich nicht auf die Tatsache des Heimatverlusts durch den erzwungenen Ortswechsel beschränkt. Das Ziel der Schaffung eines einheitlich polnischen Nationalstaats sollte nach dem Krieg nicht nur durch die Aussiedlung der Deutschen erreicht werden. Auch die kategorische Reklamation der zum Teil polnischsprachigen einheimischen Bevölkerung, die sich sehr oft einer eindeutigen nationalen Zuordnung entzog, stellte einen wichtigen Bestandteil polnischer Nachkriegspolitik dar. In dem Glauben, „echte Deutsche“ von polnischstämmigen Einheimischen segregieren zu können, spiegelte sich die Vorstellung, dass eine Politik der ethnischen Entmischung erfolgreich sein könnte. Wichtig war in diesem Zusammenhang, dass unser Projekt von Beginn an diese Problematik der ethnischen Entmischung vor einem breiteren historischen Hintergrund reflektierte. Die diskriminierende Politik gegenüber den Deutschen, die sich gerade in den ersten Nachkriegsmonaten Bahn brach (und sich etwa in der Kennzeichnungspflicht oder in der Einrichtung von geschlossenen Wohnbezirken für die Deutschen niederschlug), muss auch vor der Erfahrung von sechs Jahren nationalsozialistischer Okkupations- und Vernichtungspolitik in Polen gesehen werden.

Zur historischen Kontextualisierung gehörte außerdem, dass wir bei unseren Archivrecherchen nicht nur die Aussiedlung der Deutschen im Blick hatten, sondern auch die der Polen aus den Gebieten, die aufgrund der territorialen Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg an die Sowjetunion gefallen waren. Dieses Thema war vor 1989 für die polnische Forschung mehr oder weniger tabu. In Deutschland ist die Tatsache, dass auch Polen nach dem Krieg aus ihrer Heimat vertrieben wurden, bis heute kaum bekannt.

Für eines der wichtigsten Ergebnisse unseres Projekts halte ich die Tatsache, dass das Drama des Heimatverlusts vieler Millionen Deutscher nun nicht mehr nur in der subjektiven Überlieferung durch die Vertriebenen selbst rekonstruiert werden muss. Natürlich war sich unsere Arbeitsgruppe bewusst, dass die polnischen behördlichen Quellen sehr häufig einen zweifelhaften Wahrheitsgehalt besitzen. Dies gilt insbesondere für die Angaben von Opferzahlen oder für die oftmals beschönigende Darstellung des Verlaufs von Aussiedlungstransporten. Zugleich eröffnete sich uns aber durch die behördliche Überlieferung ein breites Panorama der polnischen Nachkriegswirklichkeit. Ich denke, dass nicht nur die deutschen Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sehr viel Neues über die Etablierung der kommunistischen Macht in einem von Krieg und Besatzungspolitik ausgelauten Land lernten. Gerade aus den von den lokalen Verwaltungsbehörden verfassten Situationsberichten erfuhren wir, wie

die Deutschen zum Ziel diskriminierender Politik wurden, wie ihre politische Entrechtung und ökonomische Ausbeutung betrieben wurde. Zugleich machten diese Berichte aber auch deutlich, was es für die aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten ausgesiedelten Polen bedeutete, in ein für sie völlig fremdes Territorium zu kommen, das zu einem großen Teil noch von Deutschen bewohnt war, auch wenn diese einer zunehmenden gesellschaftlichen Marginalisierung unterlagen.

Durch die Möglichkeit, in verschiedenen polnischen Regionalarchiven recherchieren zu können, ergab sich für uns ein differenziertes Bild der Deutschen östlich von Oder und Neiße. Ihre Positionierung zwischen polnischen Behörden und Einheiten der Roten Armee oder die Möglichkeit zur Bildung von politischen Organisationen (wie etwa von antifaschistischen Vereinigungen in Breslau oder Stettin) nahmen sich sehr unterschiedlich aus. Somit ermöglicht auch die offizielle Überlieferung polnischer Behörden in gewisser Weise die Rekonstruktion von Einzelschicksalen. Dieser Aspekt sollte bei der Betrachtung der Flucht- und Vertreibungsproblematik als einem grundlegenden Charakteristikum von staatlicher Politik im 20. Jahrhundert nicht vergessen werden. Unser Projekt hat versucht, dazu beizutragen, das Vertreibungsgeschehen historisch einzuordnen und es in seinen unterschiedlichen Abläufen zu rekonstruieren.